

Nr.: 160/2026

■ **Dezernat** II - Recht, Ordnung & Gesundheit

29.06.2026

■ **Fachbereich**

■ **Verfasser/-in** Wülbeck, Cornelia

■ **Telefon** 07621 410-2000

Beratungsfolge	Status	Datum
Verwaltungsausschuss	öffentlich	15.07.2026

Tagesordnungspunkt

1. Teilhaushaltszwischenbericht Recht, Ordnung und Gesundheit

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	II	Recht, Ordnung und Gesundheit
--------------	----	-------------------------------

Inhalt der Mitteilung

■ Sachverhalt

Im Rahmen der Umstellung auf das NKHR (Neues kommunales Haushaltsrecht) sind die Kreisgremien (Kreistag, Ausschüsse) unterjährig über den Stand des Haushaltsvollzugs (Erreichung Finanz- und Leistungsziele) in den Teilhaushalten zu unterrichten. Der vorliegende Zwischenbericht des Teilhaushalts 2 – Recht, Ordnung & Gesundheit bezieht sich auf den Zeitraum 01.01.2026 bis 31.05.2026.

Ergebnishaushalt	IST 2025 - in EUR -	PLAN Budget 2026 - in EUR -	Prognose IST 2026 - in EUR -	Abweichung PLAN/Prognose 2026 - in EUR -	Benennung der Abweichung mit einem Schlagwort, Bezifferung der Höhe
Ordentliche Erträge	2.009.706	1.914.010	1.814.010	-100.000	Mindererträge Ausländerwesen u.a. aufgrund verlängerter Laufzeiten für Aufenthaltstitel (rd. -100.000 EUR), Mindererträge Waffenrecht aufgrund von Rechtsänderungen (rd. -10.000 EUR), Mehrerträge OWi Fahrpersonalrecht (+10.000 EUR)
Ordentliche Aufwendungen	-11.250.565	-12.608.096	-12.628.096	-20.000	Mehraufw. bei den Rechts- und Beratungskosten im Bereich Einbürgerungen / Untätigkeitsklagen aufgrund von Personalvakanzen (-20.000 EUR)
Ordentliches Ergebnis	-9.240.858	-10.694.086	-10.814.086	-120.000	

Stand 31.05.2026

FINANZSEITE

Gesamtüberblick

Zur Jahresmitte verläuft der Vollzug des Teilhaushalts 2 insgesamt nahezu planmäßig. Die Stabsstelle Recht und der Fachbereich Gesundheit erwarten eine Einhaltung ihrer Planansätze. Im Fachbereich Ordnung stehen Mindererträgen im Ausländerwesen (rd. 100.000 EUR) bislang kein Ausgleich gegenüber; die Mindererträge im Waffenrecht (rd. 10.000 EUR) können hingegen durch Mehreinnahmen im Bereich Ordnungswidrigkeiten Fahrpersonalrecht in gleicher Höhe ausgeglichen werden. Hinzu kommen Mehraufwendungen bei den Rechts- und Gerichtskosten im Bereich Einbürgerungen (rd. 20.000 EUR). Auch im Fachbereich Kommunalaufsicht und Prüfung kompensieren sich Mehraufwendungen aus einer Überstundenauszahlung weitgehend durch Einsparungen aus einer verzögerten Stellenwiederbesetzung.

Im Fachbereich Brand- und Bevölkerungsschutz führen anhaltende Personalvakanzen zu Minderaufwendungen im Personalbereich, während im Bereich der Leitstelle Mehraufwendungen durch Preissteigerungen bei den Umbaumaßnahmen sowie infolge der Weltmarktlage im IT-Bereich entstehen. Insgesamt zeichnet sich für den Teilhaushalt 2 nach aktuellem Stand eine weitgehend ausgeglichene Entwicklung ab; Entwicklungen insbesondere im Bereich Ausländerwesen und bei den Umbaumaßnahmen der Leitstelle bleiben im weiteren Jahresverlauf zu beobachten.

Stabsstelle Recht (SST Recht)

Die Planansätze für das Teilbudget der Stabsstelle Recht sowie die Stelle Datenschutz werden voraussichtlich eingehalten. Abweichungen vom Haushaltsansatz sind hier nicht zu erwarten.

Fachbereich Gesundheit

Nach aktuellem Stand wird das Budget voraussichtlich eingehalten. Erfreulicherweise sollen die Investitionskosten für insgesamt sechs Hörtestgeräte für die Einschulungsuntersuchung in Höhe von 15.327,20 EUR vom Land Baden-Württemberg refinanziert werden.

Fachbereich Ordnung

Bei den Rechts- und Gerichtskosten im Bereich Einbürgerungen (Untätigkeitsklagen) sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 20.000 EUR zu erwarten. Voraussichtliche Mindererträge bei den Gebühreneinnahmen im Ausländerwesen, u.a. aufgrund verlängerter Laufzeiten für Aufenthaltstitel, in Höhe von rd. 100.000 EUR stehen derzeit ohne entsprechenden Ausgleich im Raum. Mindererträge bei den Gebühreneinnahmen im Waffenrecht aufgrund Rechtsänderungen in Höhe von rd. 10.000 EUR können hingegen voraussichtlich durch Mehreinnahmen im Bereich der Ordnungswidrigkeiten im Fahrpersonalrecht - infolge der Aufarbeitung dort durch eine Personalvakanz entstandener Rückstände - in gleicher Höhe ausgeglichen werden. Insgesamt ist nach aktuellem Stand mit einer Budgetunterschreitung bei den Erträgen zu rechnen, sofern sich für die Mindererträge im Ausländerwesen kein anderweitiger Ausgleich ergibt.

Fachbereich Kommunalaufsicht und Prüfung

Bei den Verwaltungsgebühren ist der Anteil der Gebühren für Widerspruchsentscheidungen im Jahr 2026 auf ein übliches Niveau zurückgegangen, nachdem das Jahr 2025 noch von den zahlreichen, durch die Grundsteuerreform bedingten Widerspruchsentscheidungen begünstigt war.

Durch die Auszahlung von Überstunden an eine ausgeschiedene Mitarbeitenden erhöhen sich die Personalkosten um rd. 18.000 EUR. Diese Mehraufwendungen dürften jedoch durch die verzögerte Wiederbesetzung einer Stelle im Fachbereich nahezu kompensiert werden. Die Erstattungen der Wahlkosten der Landtagswahl rd. 15.000 EUR, erfolgen voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2026.

Fachbereich Brand- und Bevölkerungsschutz

Durch anhaltende Personalvakanten und Verzögerung bei der Wiederbesetzung von Stellen sind Minderaufwendungen bei den Personalausgaben zu erwarten. Im Bereich der Leitstelle ergeben sich Mehraufwendungen durch Preissteigerungen infolge verzögerter Auftragsvergaben und veränderter Planungsgrundlagen bei den Umbaumaßnahmen, insbesondere bei der Umgestaltung der Notrufannahmeplätze. Auch die Weltmarktlage im Bereich der IT (Stichwort Speicherkrise) trägt zu den Preissteigerungen bei. Die umbaubedingten Mehraufwendungen von 10.966,14 € werden überwiegend durch Einsparungen bei einer Übung im Störfallbetrieb Grenzach-Wyhlen gedeckt; es verbleibt eine Minderdeckung von 966,14 €.

Fehlende Konzepte infolge von Personalengpässen führen zu einer Verschiebung von Beschaffungsmaßnahmen ins Folgejahr. Weitere Investitionen werden wie geplant im 2. Halbjahr 2026 umgesetzt. Infolge eines Rechtsstreits im Zusammenhang mit der Beschaffung eines AB Hochvolt in 2024 ist mit ungeplanten Kosten zu rechnen.

Finanzhaushalt

Im Zuge der Detailplanung des ILS-Umbaus wurden zusätzliche, ursprünglich nicht berücksichtigte Maßnahmen erforderlich (u. a. Fußbodenerneuerung, DAG-Server-Austausch, USV-Anlage). Der außerplanmäßige Mehrbedarf von 47.807,27 € wird durch realisierte Einsparungen (10.030,47 €) sowie erwartete Landeszuschüsse nach ZFeuVwV (33.000,00 €) weitgehend gedeckt; es verbleibt ein Restbedarf von 4.776,80 €. Für den IT/Server-Bereich entstehen weitere Mehrkosten von 36.640,14 € (u. a. Hardware Einsatzleitrechner und Bildschirmsteuerung), nach Einsparungen von 6.926,48 € verbleiben 29.713,66 € außerplanmäßig. Für den Austausch des Kommunikationsmanagementsystems (KMS) ergibt sich nach Preissteigerungen im Server-Bereich sowie der Beschaffung einer gesetzeskonformen 10-Jahres-Sprachaufzeichnung ein außerplanmäßiger Mehrbedarf von 23.589,80 € (nach Einsparungen von 2.500,00 €). Die im Haushalt enthaltenen Mittel für eine Spracherkennungssoftware (20.000,00 €) werden hierfür aktuell nicht herangezogen, da deren Einführung angesichts der Anforderungen der RDPlanVO (Rettungsdienstplanverordnung) BW als unumgänglich bewertet wird.

Insgesamt ergibt sich im Investitionshaushalt des Fachbereichs damit ein außerplanmäßiger Mehrbedarf von 58.080,36 €.

LEISTUNGSSEITE

Gesamtüberblick

Die Leistungen im Teilhaushalt 2 bewegen sich derzeit überwiegend im vorgesehenen Rahmen. Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen durch anhaltende Personalengpässe, hohe Arbeitsbelastung sowie durch laufende Transformationsprozesse.

In mehreren Fachbereichen können geplante Maßnahmen und Zielvorgaben nur eingeschränkt oder zeitlich verzögert umgesetzt werden. Herauszuheben ist nach wie vor die kritische Situation im Bereich Einbürgerungen, wo hohe Antragszahlen, Fachkräftefluktuations und neue gesetzliche Anforderungen die Bearbeitungskapazitäten deutlich belasten. Betroffen sind zudem die infektionshygienischen Begehungen im Gesundheitsbereich sowie personalbedingte Engpässe im Fachbereich Brand- und Bevölkerungsschutz.

Trotz bestehender Einschränkungen werden die Kernaufgaben weiterhin erfüllt. Die Fachbereiche arbeiten unter den gegebenen Rahmenbedingungen daran, die Zielvorgaben weitgehend zu erreichen und notwendige Anpassungen im Jahresverlauf umzusetzen.

Fachbereich Gesundheit

Aufgrund personeller Engpässe ist auch im Jahr 2026 keine vollständige Durchführung der infektionshygienischen Begehungen möglich, die Einschulungsuntersuchung kann nicht flächendeckend erfolgen und auch die Einführung des Qualitätsmanagementsystems mit angestrebter Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 läuft nicht gemäß Projektzeitplan.

Die Förderung von Sportangeboten für Jugendliche sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln für Sportveranstaltungen mussten auch 2026 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ersatzlos gestrichen werden.

Fachbereich Ordnung

Die Anforderungen im Bereich Waffenrecht steigen durch umfangreiche gesetzliche Änderungen. So stellt ein Großteil des Zeitaufwands für die Erteilung des Jagdscheins durch die Jagdbehörde die Prüfung der Zuverlässigkeit der Antragstellenden. Diese Aufgabe wird aufgrund der Gesetzesänderung von der Waffenbehörde geleistet. Seit Juli 2025 sind dort 0,25 VZÄ vakant. Um eine drohende Schieflage in diesem sicherheitssensiblen Bereich zu verhindern, ist beabsichtigt, eine Halbtagesstelle auszuschreiben; hierzu werden die unbesetzten Stellenanteile sowie 0,3 VZÄ freie Stellenanteile aus einer dauerhaften Elternzeitreduzierung im Bußgeldbereich zur Deckung verwendet.

Im Bereich Staatsangehörigkeitsrecht ist die Situation nach wie vor kritisch. Die vom Kreistag Mitte 2024 zusätzlich bewilligten 12,5 neuen Stellen konnten aufgrund Fachkräftemangel, Personalvakanz und Fluktuation erst zum März 2026 erstmalig alle besetzt werden. Damit kann die vorgesehene Zahl der Einbürgerungen sowie die Rückführung der Bearbeitungszeiten trotz maximaler Bemühungen der Mitarbeitenden nicht erreicht werden. Die Zahl der offenen Anträge liegt bei über 3.100, davon über 500 Neuanträge von Januar bis Mai 2026. Die Prognose zur Zielerreichung 2026 bleibt daher aktuell nicht belastbar.

Besonders herausfordernd sind:

- ein erheblicher Antragsanstieg infolge gesetzlicher Änderungen,
- die niedrige Qualität vieler Antragseingänge,
- ein hoher Bearbeitungsaufwand für Nachforderungen und Nachbearbeitungen.

Dies führt zu einem Zeitverzug: Die aktuelle Bearbeitungszeit beträgt weiterhin – wie im Bundesdurchschnitt - rund 20 Monate. Diese Verzögerung sorgt zunehmend für Unzufriedenheit bei Antragstellenden und Mitarbeitenden; entsprechend ist auch die Zahl der Untätigkeitsklagen bei Verwaltungsgericht angestiegen.

Ein zeitnahes, unterbrechungsfreies Onlineantragsverfahren mit Anbindung an das Fachverfahren ist leider nicht in Aussicht. Für den Bereich Einbürgerung plant das Land Baden-Württemberg entsprechende Schnittstellen; das im Landratsamt eingesetzte Fachverfahren ist an der Entwicklung dieser Schnittstelle beteiligt. In der E-Government-Vereinbarung BW zwischen dem Land und den Kommunen wurde zu Jahresbeginn sogenannte Landesonlinedienste definiert, deren Pflege und Weiterentwicklung beim Ministerium liegt und deren Nutzung für

uns verpflichtend ist. Der Einbürgerungsantrag wurde als Landesonlinedienst definiert; ein zeitlicher Horizont für die Entwicklung und Einführung ist derzeit nicht bekannt.

Fachbereich Kommunalaufsicht und Prüfung

Sobald die Jahresabschlussprüfungen abgeschlossen sind, wird sich der Fachbereich verstärkt den geplanten Schwerpunktprüfungen widmen. Zudem sind Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für neue Mitarbeitende vorgesehen. Weitere Aufgaben und Themen werden gemäß Jahresplanung bearbeitet.

Fachbereich Brand- und Bevölkerungsschutz

Die laufende Beratung und Unterstützung der Gemeinden sowie der Werkfeuerwehren wird im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten aufrechterhalten. Es erfolgte eine erste Mittelzuweisung des Landes nach VwV Z-Feu für einen Antrag aus der gemeinsamen Beschaffung des Landes; für die weiteren Anträge wird die zweite Mittelzuweisung im 2. Quartal des Jahres durch das Regierungspräsidium Freiburg erwartet.

Für freiwillige Aufgaben im Bereich Feuerwehrwesen und Bevölkerungsschutz stehen derzeit keine ausreichenden Personalkapazitäten zur Verfügung. Der Fachbereich ist sowohl auf Führungs- als auch auf Sachbearbeiterebene stark von Personalengpässen betroffen, was sich unter anderem auch in Fristüberschreitungen bei Stellungnahmen gegenüber der unteren Baurechtsbehörde zeigt.

Im Bereich der Leitstelle laufen aktuell weitere Umbaumaßnahmen und Erneuerungen, um den im Gutachten festgestellten Handlungsbedarf zur Sicherstellung der Betriebsfähigkeit und -sicherheit weiter umzusetzen. Neben einem neuen Kommunikationsmanagementsystem werden neue Standards im Bereich der Cybersicherheit (Stichwort NIS-2 Richtlinie) umgesetzt. Der im Personalgutachten aus dem Jahr 2025 ermittelte Personalbedarf wird nach erfolgter Zustimmung im Bereichsausschuss derzeit umgesetzt. Weitere Aufgaben und Maßnahmen werden - soweit aufgrund der personellen Lage möglich - fortlaufend umgesetzt.

Marion Dammann
Landrätin

Cornelia Wülbeck
Dezernentin II